

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkath.

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2000.— M., durch die Post bezogen monatlich 2000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonnabendnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 200.— M., auswärts 250.— M., die 4spaltige Nonpareilzeile 800.— M., auswärts 1000.— M., Ausland 1600 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Briefwerbung 60 M.

Nr. 30

Dresden, Montag den 5. Februar 1923

34. Jahrg.

## Der Alb im Westen

Es ist kein Zweifel, die Gegner der Sozialdemokratie lauern mit Heißhunger auf eine neue Dolchstoßlegende. Sie fühlen, daß eines Tages die Stunde kommt, da der Kampf im Ruhrgebiet zu Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich führen muß. Sie wissen, daß die Ziele des Widerstandes nur Verhandlungen und Verständigung sein können. Sie wissen auch recht gut, daß Deutschland von starken Reparationsverpflichtungen nicht freikommt wird, wenn der Kampf selbst denkbar günstig ausgehen sollte. Sie warten auf den Augenblick, da die Sozialdemokratie ein neues Abkommen beschließen könnte, und haben schon alle Phrasen und Legenden für einen neuen Dolchstoßwindel in der Tasche. Der Vorwärts verweist auf den reaktionären Tag, der zu erzählen wärte, „daß ein kleiner Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten“ die Absicht habe, die Regierung Cuno zu stürzen, um damit das angebliche Hindernis für fortgesetzte Verhandlungen zu beseitigen.

Die reaktionären Heimtrieber im Hinterland hoffen vergeblich. Wir können ihnen versichern, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, der Regierung Cuno die Last der Verantwortung abzunehmen, die ihr all jene Kreise auferhalten, die der Erfüllungspolitik Widerstand leisteten. Wenn wir die Regierung Cuno gegenwärtig im Widerstand gegen die Okkupation des Ruhrgebietes stützen, so tun wir es wahrlich nicht, weil uns die Zusammenlegung dieser Regierung etwa gefiele. Wir tun es, weil wir die Unabhängigkeit und die Selbstverwaltungsrechte einer Nation als Voraussetzung jeder freibürgerlichen Politik noch innen und außen ansehen. Gewiß ist sich der Kapitalismus in seinen Raubtierinstinkten überall gleich. Aber der Kapitalismus, der ein wehrloses Volk mit Waffengewalt überfällt und über seine Lebensrechte dahintrampelt, ist für jenes überfallene Volk immer gefährlicher als der Kapitalismus im eigenen Lande. Wegen die eigenen Unterdrücker hat eine organisierte Arbeiterklasse scharfe Waffen. Sofern die deutsche Arbeiterklasse will, sofern sie in den Mitteln und im Ziele einig ist, kann sie dem kapitalistischen Geistes im eigenen Lande jedes Zugeständnis abringen, das politisch oder sozial tendenziell zu erlangen ist. Sie hat die Kampfmittel des Wahlrechtes, der Presse, der Vertretungen im Parlament, des Streiks. Doch alle diese Waffen verfallen im Kampfe gegen einen bewaffnet vorgehenden fremden Kapitalismus. Wie sich im Ruhrgebiet, wie sich in den übrigen besetzten Gebieten zeigt, geht das französische Scharmachertum, gestützt auf die Bonaparte der französischen Armee, über die Staatsbürgerrechte der niedergeschlagenen fremden Bevölkerung hinweg, verbietet Zeitungen, die dem französischen Imperialismus nicht gefallen, Versammlungen, in denen protestiert wird, läßt in Straßenaufmärschen verweigert demonstrierender Menschen schießen und sucht Streiks niederzuknüllen, ohne daß wir uns an ein französisches Parlament wenden könnten. Mit denselben Methoden hat der deutsche Militarismus überall dort gearbeitet, wo er während des Weltkrieges fremdes Land besetzen konnte.

Deshalb und weil die Autonomie eines der höchsten politischen Güter jeder Nation ist, hat auch die gesamte internationale Arbeiterklasse sich scharf gegen die französische Besetzung eines der wichtigsten deutschen Wirtschaftsgebiete gefehrt. In einem Aufruf an das Proletariat der Welt fordert sie von der gesamten Arbeiterklasse, sich für den sofortigen Rückzug aller Okkupationsstruppen aus dem Ruhrgebiet einzusetzen; die deutsche Arbeiterklasse werde im Falle einer Verständigung das Ihrige tun, „die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen“. Zu der Londoner Internationale, die diesen Aufruf mit unterzeichnet, gehört auch die tschecho-slowakische Sozialdemokratie. Um so mehr verwundert es uns und um so mehr muß es das Kopfschütteln der deutschen Sozialdemokratie der Tschecho-Slowakei erregen, wenn der Bravo Lidu, das Organ der tschechischen Sozialdemokratie, eine Haltung einnimmt, die uns doch sehr im Widerspruch zu dem Aufruf zu stehen scheint. So ist in diesem tschechisch-sozialistischen Blatte zu lesen:

Die französischen Staatsmänner haben sich gewiß erst nach einer restlichen Ueberlegung zur Abdaktion entschlossen und haben gewiß auch mit dem feindseligen Auftreten der Sowjetregierung in Moskau gerechnet, die sich gegen Frankreich wie ihre Richtonkennlinie, für die Unterjochung Bolshas im Jahre 1920 und für die ablehnende Haltung Frankreichs auf den Weltkonferenzen rüden würde... Sie haben mit Rücksicht auf das Moskauer Manifest vom 18. Januar, das an die Regierungen in London, Rom, Brüssel und Lissabon versandt wurde, nicht falsch kalkuliert. Verrechnen haben sie aber einzelne kommunistische Parteien, die das Manifest übermäßig haben. Sie haben nur ein fürchterliches Risiko erlitten, das der Bankrott der passiven Resten der deutschen Kapitalisten im Ruhrgebiet und der Zusammenbruch der Generalstreikparole am besten bezeugt. Der Widerstand des Streiks im Ruhrgebiet ist eine neue Blamage für den internationalen Kommunismus. In dieser Blamage haben auch die französischen Kommunisten teil, die im Augenblick der Ruhrbesetzung antimilitaristische Demonstrationen veranstalteten. Sie stehen damit auf die Mehrheit des franzö-

sischen Volkes, auf die französischen und belgischen Sozialisten, die kategorisch erklärten, die Rettung Frankreichs und die Neuordnung der verunstalteten Gebiete und der nordfranzösischen Industrie hänge von der Erfüllung der Reparationspflichten durch Deutschland ab.

Die tschechische Sozialdemokratie sät mit in der Regierung der Tschecho-Slowakei. Wir würden darum zur Not verstehen, wenn sie dabei mandanten Kompromiß schließen müßte, der vom sozialistischen Standpunkt und vor allem vom Standpunkt unserer deutschen Genossen in der Tschecho-Slowakei mitunter recht anfechtbar erscheint. Wir wissen auch, daß die tschecho-slowakische Regierung zu sehr von Frankreich abhängig ist, als daß sie wagen könnte, wider den Stachel des Ruhrkampfes zu lösen und zu erklären, was andere neutrale Mächte betont haben: daß die Besetzung des Ruhrgebietes weder nötig war, noch im Einklang mit dem Versailler Vertrag und den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen des Völkerrechts steht. Aber wieviel der Bravo Lidu die Regierungspolitik des tschechischen Sozialismus durch unrichtige Darstellungen untertütten muß, ist für Sozialisten, die sich noch den nötigen Sinn für die Notwendigkeit internationaler Solidarität bewahrt haben, schwer verständlich. Denn es ist unrichtig, wenn es das Organ der tschechischen Sozialdemokratie etwa so darstellen will, als gingen der Widerstand und die Unruhen, die gegenwärtig im Ruhrgebiet wie fliegendes Feuer bald da, bald dort gegen Poincarés Militär aufkackern müssen, nur von den Kommunisten aus. Sollte es sich um polemische Entgleisungen gegen die Kommunisten handeln, so müßte sich die deutsche Sozialdemokratie für solche Bärendienste bedanken. Der Bravo Lidu mag sich gelagt sein lassen — was er eigentlich aus eigener Kenntnis der Dinge wissen müßte — daß es die sozialdemokratische Arbeiterklasse ist, die in diesem Kampfe im Vordergrund steht, wie sie all die Jahre im Ringen gegen den deutschen Kapitalismus die Führerin des deutschen Proletariats war und bleiben wird.

## Protest gegen die Abdroffelung

Die deutsche Regierung hat in Paris eine neue Note überreicht, in der gegen die von der Besatzungsbehörde verhängte Kohlenbeschränkung Protest eingelegt wird. Der Versuch, der deutschen Regierung einen Vertragsbruch vorzuerwerfen, wird zurückgewiesen und bemerkt:

In Wirklichkeit liegt der Grund für den neuen Gewaltakt in den für Frankreich unbedingenden Ergebnissen des ersten Unrechts, jener Ruhrbesetzung, deren Erfolglosigkeit die französische Regierung zu immer neuem Unrecht treibt. Durch die Verhinderung von Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet in das übrige Deutschland läßt Frankreich zu den bereits begangenen Rechtsbrüchen einen weiteren hinzu. Die deutsche Regierung bestreitet,

## Appell an Amerika

### Rundgebung aller deutschen Gewerkschaften an die amerikanischen Parlamente

Am 1. Februar trafen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christlicher Gewerkschaften), des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Dunker) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zusammen, um zu der augenblicklichen Lage und den für die nächste Zukunft drohenden Gefahren Stellung zu nehmen. Sie beschloßen, folgende Rundgebung sofort ergehen zu lassen:

An den Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten in Washington

Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände, die 12 Millionen Mitglieder vertreten, mit ihren Angehörigen also mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung, erklären erneut, daß sie, gestützt auf Amerikas positives Versprechen, völlige Gerechtigkeit walten zu lassen, Deutschland, von der Autokratie zur Demokratie geführt, sich dem Gebot völliger Entlohnung fügt und dem Verlangen, für Frieden und internationale Verständigung zu wirken, rückhaltlos Ausdruck gegeben haben.

Der Deutsche liebt die friedliche Arbeit, aber er widersteht sich ebensosehr der Wästel, ihn für untergeordnete Zeiten zum Sklave zu machen, oder gar die kommenden Geschlechter seines Volkes einem System wirtschaftlicher Knechtschaft auszuliefern. Die Besetzung des Ruhrgebietes und der Versailler Vertrag bedingen jedoch solche Sklaverei, zerstören die deutsche und die europäische Wirtschaft und bedrohen zunächst Millionen Deutsche mit Arbeitslosigkeit.

Eine unparteiische, doch genügend bevollmächtigte Untersuchungskommission wird beschaffen werden können, außerdem aber noch, daß jetzt mitten im Frieden Männer und Frauen, Alte und Junge, verhaftet und an ihre Peinart ausgedrückt werden, nur weil sie sich weigern, zu Verdauern an ihrem Vaterland zu werden. Wir sind bereit zu einem Volk herabgedrückt worden, das hungrig hungert, dessen Säuglinge in Papier hat in Eisenwindeln gewickelt werden, dessen Frauen und Kinder Verpeiß verzeihen und verkommen.

Dieser Appell soll kein Versuch sein, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der anderen der sich gegenüberstehenden Parteien einzunehmen; es ist ein Appell an das traditionelle amerikanische Ehrgefühl und an seinen Sinn für fair play (anzündiges Spiel). Amerika, wir sind sehr überzeugt, ist nicht in den Krieg eingetreten, um das deutsche Volk zu vernichten. Der amerikanische Ehrenkodexpunkt,

daß die neuen Feststellungen der Reparationskommission über die angeblichen Verarmnisse Deutschlands begründet sind. Aber selbst, wenn sie ebenso begründet wären wie sie unbegründet sind, so dürfen auf Grund der Paragraphen 17 und 18 nur solche wirtschaftlichen und finanziellen oder andere gleichwertige Maßnahmen getroffen werden, die auf dem Gebiet der alliierten Staaten durchzuführen sind, und daß solche Maßnahmen nur von allen an den Reparationen beteiligten Mächten gemeinsam ergriffen werden dürfen.

Die von der französischen Regierung angeordnete Maßnahme stellt eine besonders schwere Verletzung des Vertrages von Versailles infolge dar, als nach Artikel 251 dieses Vertrages der notwendige Bedarf Deutschlands an Kohlen von Reparationsforderungen vorzest und unter allen Umständen sicherzustellen muß. Die von der französischen Regierung mit Recht hervor gehobene Gefährdung des Wirtschaftslebens an der Ruhr beruht einzig und allein auf dem rechtswidrigen und die Ruhrbevölkerung aufs schwerste schädigenden Verhalten der Okkupationsmächte. Der Versuch, das Ruhrgebiet durch Gewalt für Kohlentransporte nach dem übrigen Deutschland zu sperren, kann nur den weiteren Verfall der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, die von Frankreich angeblich angebotene Sicherung seiner Reparationsforderungen gefährden und die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen schließlich zum Schaden aller Alliierten vernichten.

Gegen den Versuch, ein friedlich arbeitendes Volk durch Abschneidung der lebensnotwendigen Kohlenzufuhr in Arbeitslosigkeit und Elend zu stürzen, um es zur Anerkennung eines Rechtsbundes zu zwingen, erhebt die deutsche Regierung hiermit Protest.

## Die Ernährungslage katastrophal

Düsseldorf, 4. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Regierungspräsident Genosse Grünher machte uns heute folgende Mitteilungen: Immer wieder werden Requisitionen von den Truppen vorgenommen, was natürlich im Ruhrgebiet von den schwersten Folgen für die Ernährung sein kann. Gestern erst haben französische Truppen in Bohlwinkel gewaltig requiriert. Wehl, das nur in rationierter Form abgegeben ist, wurde von den Truppen, als der Verkauf verweigert worden ist, einfach weggenommen. Die Lebensmittelversorgung wird aber auch durch die Verkehrslage neuerdings erschwert. In dieser Beziehung sehen wir der Zukunft mit Sorge entgegen. Der Futtermangel macht sich besonders in Duisburg, Düsseldorf-Stadt und -Landkreis und in Essen bemerkbar. Die Versorgung mit Milch & H. in Düsseldorf ist katastrophal. Der dortige Landrat meldet, daß für Säuglinge überhaupt keine Milch zu bekommen ist. Fleisch ist nur ein Luxusartikel und kommt als Nahrungsmittel überhaupt nicht mehr in Frage. Die Versorgung des Viehes, insbesondere der Pferde, ist ebenfalls schwierig. Die Arbeitslosenunterstützung soll wesentlich erhöht werden. Die Bürgermeister sind angewiesen, zur Beseitigung der Not Notstandsarbeiten in großem Umfang vorzunehmen.

Der Wille, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, ist in der Bevölkerung groß. Die Besatzungsbehörde beabsichtigt jetzt, zur Beladung der Kohlenwagen Arbeiterkommandos, die im Auslande angeworben sind, im Ruhrgebiet zu verwenden. — Bisher sind 150 Beamte mit ihren Familienangehörigen, zusammen etwa 600 Personen, ausgewiesen worden.

wenn er auch jetzt fest behauptet wird, kann Europa und die Welt retten von sonst unvermeidlichem Unglück.

Die letzten Maßnahmen der Franzosen, insbesondere die systematische Unterbindung der Kohlenzufuhr, werden sich wahrscheinlich bald stark auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Schon heute befinden sich mehr als neun Zehntel der deutschen Bevölkerung in einer unerträglichen Notlage. Neue Arbeitslosigkeit muß eintreten, wenn jenes Volk, das sich Kulturvolk nennt, weiter fortfährt, unter andern die Kohlenlieferungen systematisch zu unterbinden. Und trotzdem muß kaltes Blut bewahrt werden. Nationalistische und kommunistische Wirrtöpfe dürfen nicht zu Ratgebern der Masse werden. Jedes gewalttätige Vorgehen wäre ein Schritt zum Selbstmord, zum völligen Untergang unseres Volkslebens. Durch äußerste Zurückhaltung müssen wir bestrebt sein, den günstigen Eindruck, den die Haltung des deutschen Volkes auf das Ausland bisher gemacht hat, auch weiter aufrechtzuerhalten. Der passive Widerstand, den Deutschland leistet, muß aber Unterstützung von außen finden.

Deutschland hat 1918 auf Grund der von Amerika aufgestellten Bedingungen die Waffen gestreckt. Diese Tatsache gibt der deutschen Arbeiterklasse das Recht, heute, nachdem die Entwidlung der Verhältnisse auf die Spitze getrieben ist, dem amerikanischen Volke zuzurufen, daß sich die deutsche Bevölkerung in einem unbeschreiblichen Elend befindet, dem ganz Europa zuzusehen muß, wenn nicht Einhalt geboten wird. Auch Amerika trägt Verantwortung für die Zustände, unter denen heute die Arbeiterklasse Deutschlands, und nicht nur Deutschlands, bitter leiden muß. Daher tun die deutschen Gewerkschaften nur ihre Pflicht, wenn sie jetzt an das amerikanische Volk den Appell richten, die deutsche Arbeiterklasse — denn um deren Leiden handelt es sich bei allem, was schon geschah und was noch geschehen mag — nicht im Stich zu lassen. Die Gewerkschaften hoffen, daß das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes dem Appell der deutschen Arbeiter den Nachdruck verleihen wird, der notwendig ist, um endlich der Vernunft zum Siege in der Welt zu verhelfen.